

**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

**DIE JUNGEN
UNTERNEHMER**

WIE BERLIN WIEDER DIE ATTRAKTIVSTE STADT DEUTSCHLANDS WIRD

Forderungen von **DIE FAMILIENUNTERNEHMER**
an den nächsten Senat



Kontakt

Ein Forderungskatalog von

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
www.familienunternehmer.eu

Ansprechpartner

Stefan Schröter | Landesvorsitzender von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin
Stefan.Schroeter@o-d-s.de | Tel. 030 230 95 10

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V. | DIE JUNGEN UNTERNEHMER
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
www.familienunternehmer.eu | www.junge-unternehmer.eu

Berlin, August 2021

Inhaltsverzeichnis

I. Einführung	4
II. Effiziente Verwaltung	6
III. Moderne Bildung	7
IV. Praxistaugliche Verkehrswende	9
V. Bezahlbarer Wohnraum für eine wachsende Stadt	10
VI. Generationengerechter Haushalt	11

Wie Berlin wieder die attraktivste Stadt Deutschlands wird

I. Einführung

Berlin ist die Heimat von leistungsstarken Mittelständlern, innovativen Köpfen und Start-Ups. Damit der Wirtschaftsstandort Berlin nicht weiter an Attraktivität einbüßt, muss die Stadt am 26. September 2021 für einen Kurswechsel stimmen. Nur wenn sie sich wirtschaftsfreundlicher aufstellt, hat sie die Chance, wieder die attraktivste Stadt Deutschlands zu werden und in Europa nicht an Boden zu verlieren.

In den letzten Jahren wurden bei vielen politischen Entscheidungen die Unternehmen als Motor und Jobgaranten der Metropole nicht mitgedacht. Dies hat der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Berlins geschadet. Nur florierende Betriebe investieren in Zukunft und Nachhaltigkeit, schaffen Arbeitsplätze und zahlen Steuern. Angriffe auf die Rechte von Eigentümern bis hin zu Enteignungen und eine Verkehrspolitik, die ideologiegetrieben oft an Praxisnähe verloren hat, sind deutliche Verstöße gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und vernichten das Wachstumspotenzial der Stadt. Eine internationale Metropole kann es sich nicht erlauben, durch fehlgeleitete Politik das Vertrauen in den Standort so zu verspielen. Während andere europäische Hauptstädte deutliche Katalysatoren in ihren Ländern sind, fehlt es in Berlin noch immer an wirtschaftlicher Dynamik. Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg, aber auch andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern und Hessen weisen eine deutlich höhere Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung aus als unsere Hauptstadt.¹

Auch das Gründungsgeschehen in Berlin verliert an Fahrt. Die Hauptstadt der Start-Ups verzeichnet immer weniger Neugründungen (Abb. 1) und liefert immer seltener innovative Produkte. Mit nur 18 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner lag Berlin im letzten Jahr weit unter dem Bundesdurchschnitt von 51.

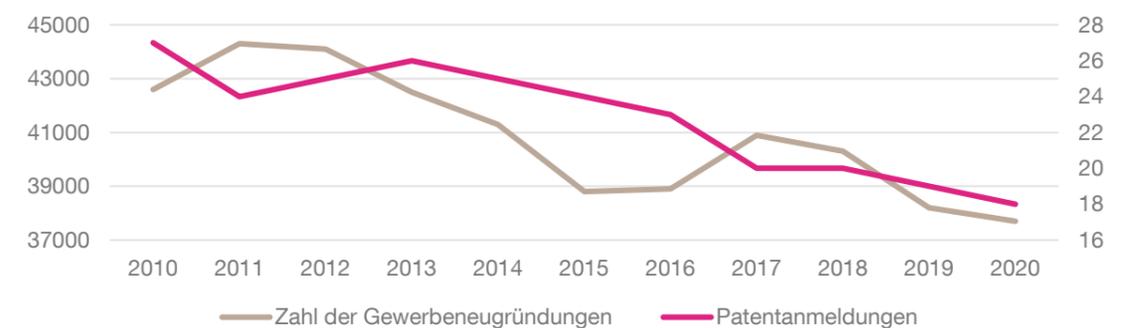


Abbildung 1: Gewerbeanmeldungen (linke Skala)² und Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner (rechte Skala)³

Der zukünftige Senat muss Berlins Funktionsfähigkeit wiederherstellen und mit gezielten Anreizen und Entlastungen schnellstmöglich die Weichenstellungen vornehmen, damit Berlin als Standort für Unternehmen wieder attraktiv wird. Die Wirtschaft muss die Möglichkeit haben, aus der Krise heraus zu wachsen und unsere Stadt wieder an die internationale Spitze zurückbringen.

Aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Berlin müssen folgende Handlungsfelder daher zügig angegangen werden:

1. Effiziente Verwaltung
2. Moderne Bildung
3. Praxistaugliche Verkehrswende
4. Bezahlbarer Wohnraum für eine wachsende Stadt
5. Generationengerechter Haushalt

¹ Quelle: IW-Köln: »Berliner Wirtschaftskraft: resilient und sexy?«

² Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

³ Statistisches Bundesamt

II. Effiziente Verwaltung

Berlin muss als Großstadt und nicht als Zusammenschluss von unabhängigen Bezirken gedacht werden. Die veraltete Bezirksstruktur und das miserable Projektmanagement der Berliner Verwaltung sind ein Bremsblock für die wettbewerbsstarken Betriebe der Stadt. Die Kleinstaaterei und die unklaren Verantwortlichkeiten zwischen den Bezirksverwaltungen und dem Senat machen es sehr schwer, Zukunftsinvestitionen in der Stadt voranzutreiben. Berlin leistet sich den größten Beamtenapparat unter den Ländern (Abb. 2) und lässt das Steuergeld aus den Investitionstöpfen in den Verwaltungen versickern. Von den hohen Kosten beim zurecht kritisierten Mietzuschuss des Landes haben die Verwaltungsverfahren allein 37 Prozent der 14,6 Millionen Euro verursacht⁴. Doch anstatt sich um seine Kernaufgabe, eine funktionierende Stadt, zu kümmern, wird die Energie in verfassungswidrige und ideologiegetriebene Projekte wie den Mietendeckel gesteckt. Ein zukünftiger Senat muss eine Verschlinkung der Bezirksorganisation, einheitliche Strukturen und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung sicherstellen!

Auswirkungen des Kompetenzwirrwarrs zeigen sich deutlich bei der Digitalisierung der Verwaltung. Das E-Government-Gesetz aus 2016 hat sein Ziel verfehlt, klare Führungsstrukturen zu schaffen und die zersplitterte IT-Landschaft einheitlich zu steuern. Anstatt eine zentrale durchsetzungsstarke Stelle für die Digitalisierung einzurichten, lässt es viele Kompetenzen bei den einzelnen Bezirken und Verwaltungsbereichen. Diese Aufsplitterung in die überholten Berliner Bezirk-Strukturen verhindert die Umsetzung von Online-Dienstleistungen, das Vorantreiben der Internetanbindung und die Ausweitung der digitalen Angebote für die eigenen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

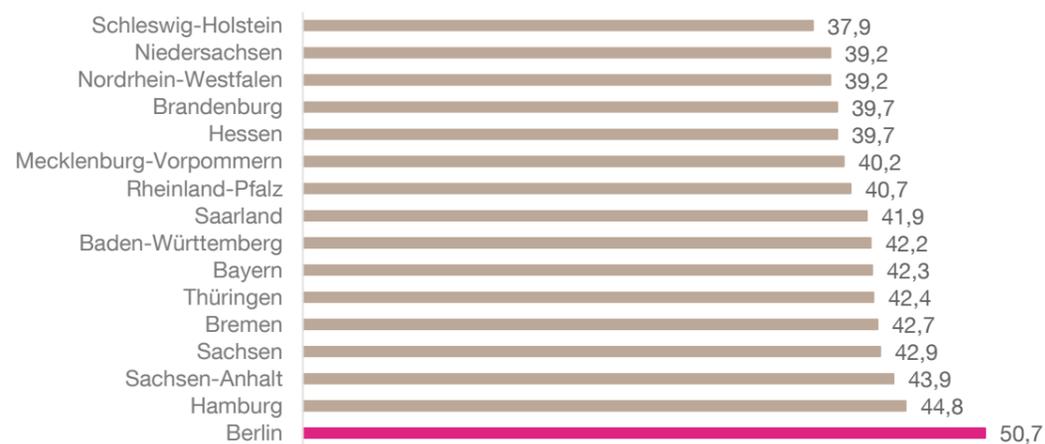


Abbildung 2: Zahl der Beschäftigten von Ländern und Kommunen je 1.000 Einwohner 2018⁵

Der größte Arbeitgeber in Berlin, die Verwaltung, hinkt beim Thema Digitalisierung hinterher. Während der Corona-Pandemie wurde ein Home-Office-Zwang für Unternehmen beschlossen, obwohl im öffentlichen Dienst selbst die grundlegende Ausstattung dafür fehlt. Die Wirtschaft ist hier deutlich weiter als die starre Berliner Verwaltung. In der Pandemie konnte nur rund ein Zehntel der 120.000 Landesmitarbeiter von zu Hause arbeiten. Von der digitalen Ausstattung und den Online-Dienstleistungen, die in anderen europäischen Hauptstädten wie Tallinn bereits Realität sind, kann Berlin nur träumen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Das Ende der veralteten Bezirksstrukturen:** Die derzeitige Berliner Kleinstaaterei passt nicht in das Bild einer modernen internationalen Metropole. Angesichts des Investitionsstaus kann sich Berlin kein Entscheidungs-

gewirr zwischen Senat und den Bezirken erlauben. Es braucht dringend eine Bezirksgebietsreform, die endlich einheitliche Strukturen, klar geregelte Verantwortlichkeiten und eine deutliche Verschlinkung vorsieht.

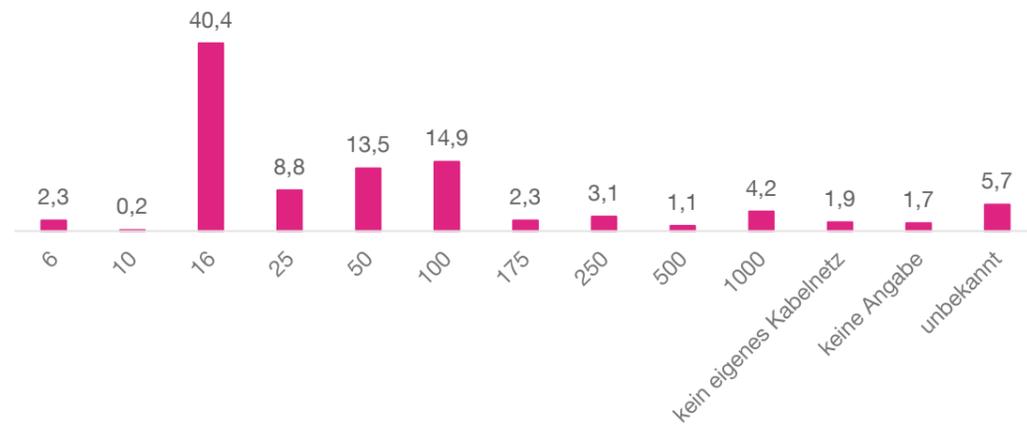
- **Eine leistungsstarke digitale Verwaltung:** Als größter Arbeitgeber Berlins muss die Berliner Verwaltung zügig moderner werden und Schulungen zu digitalen Arbeitsweisen für die Mitarbeitenden anbieten. Erst durch die Nutzung digitaler Potenziale lassen sich Arbeitsgänge vereinfachen und der Zeitaufwand für Verwaltungsverfahren reduzieren. Hier muss umgehend eine bessere Vernetzung, Infrastruktur und ein Mentalitätswandel geschaffen werden.
- **Eine breite Nutzung der E-Akte:** Digitalisierung an den Gerichten heißt derzeit: Das Berliner Landgericht schafft teure Hochleistungsdrucker an, um die Schriftsätze, die Anwälte elektronisch an das Gericht geschickt haben, auszudrucken. Das Vergabeverfahren für die Einrichtung der elektronischen Akte hingegen wurde aufgrund von formalen Fehlern wieder auf Anfang gesetzt. Dabei ist für das Jahr 2026 die Einführung der E-Akte verbindlich. Um dieses Ziel noch einhalten zu können, muss dringend Tempo gemacht werden!
- **Jeder Antrag online:** Es braucht eine deutliche Entbürokratisierung durch digitale Verwaltungsleistungen. Berliner Unternehmen müssen immer noch viele ihrer Ressourcen unproduktiv in bürokratische Anträge und Dateneingaben verschwenden. Doppelerfassungen und Mehrfachprüfungen müssen vermieden werden. Unternehmensdaten, die der öffentlichen Verwaltung bereits an anderer Stelle zur Verfügung stehen, sollten rechtssicher und automatisiert an andere Behörden weitergegeben werden können und jeder Antrag muss online machbar sein!
- **Digitale Innovationen und Gründer unterstützen:** Berlin ist die Heimat von innovativen Start-Ups. Um die Entwicklung insbesondere digitaler Produkte voranzutreiben, muss Berlin (anonymisierte) öffentliche Daten (Open Data) für neue digitale Geschäftsmodelle und Anwendungen zur Verfügung stellen. Nur so können Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz und Quantencomputing, die auf großen Datenmengen basieren, möglich gemacht werden.
- **Datenschutz neu denken:** Die Corona-Krise hat verdeutlicht, dass die Stellung des Datenschutzes kritisch überprüft werden muss. Viele Mittelständler beklagen eine überproportionale Belastung durch die formalen Vorgaben der DSGVO. Datenschutz muss endlich zeitgemäß gestaltet werden. Wir fordern, dass entsprechende Experimentierklauseln in Berlin breitflächig umgesetzt werden! Insbesondere in einer Gründermetropole wie Berlin ermöglichen sie das Austesten neuer Technologien und Geschäftsmodellen, indem bestehende Regelungen zeitweise ausgesetzt werden.

III. Moderne Bildung

Die Corona-Krise legt die Schwachstellen der Bildung in Berlin deutlich offen: Klassenzimmer ohne WLAN, regelmäßig abstürzende Lernserver und oft mangelhaftes Digital-know-how bei den Lehrkräften. Berliner Schulen sind bei der Digitalisierung abgehängt. Nur ein Internetanschluss bis ins Schulsekretariat kann nicht der Standard im Jahr 2021 sein. Über die Hälfte der Schulen sind zwar an das Netz angeschlossen, verfügen aber nicht einmal über die bescheidenen Bandbreiten von Privathaushalten (DSL bis 50 MBit/s) (Abb. 3). Ein funktionierender Hybridunterricht und der Einsatz digitaler Anwendungen für alle Schüler ist damit nicht machbar. Nur 41 berufliche Schulen und nur eine einzige der 700 allgemeinbildenden Schulen in Berlin verfügt über zeitgemäße Glasfaseranschlüsse (1.000 bzw. 500 MBit/s). Der Anteil der ans schnelle Netz angeschlossen Schulen befindet sich damit weiterhin nur im einstelligen Bereich. Am Geld scheitert es dabei nicht. Aus dem Digitalpakt Schule stehen dem Land Berlin zum Aufbau der digitalen Infrastruktur 257 Millionen Euro zu. Bewilligt wurden bis Ende 2020 davon Maßnahmen in Höhe von neun Millionen Euro.

⁴ Rechnungshof von Berlin, Jahresbericht 2021

⁵ iwd, Berlin ist Beamtenhauptstadt

Abbildung 3: Anteil der Schulen mit einer Bandbreite von x MBit/s in Berlin⁶

Doch auch abseits der Digitalisierung konnte Berlin in den letzten 5 Jahren seinen Status als Schlusslicht nicht verbessern. Und das obwohl es bei den Bildungsausgaben pro Schüler rund 30 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt (Abb. 4). Im INSM-Bildungsmonitor 2020 ist es weiterhin auf den hinteren Plätzen im Bundesländervergleich (Rang 13 von 16). Besonders in den Bereichen Berufliche Bildung, Schulqualität und Bildungsarmut besteht erhebliches Verbesserungspotenzial. Bei den Schülervergleichsarbeiten des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) erreichte ein überdurchschnittlicher Anteil an Schülern nicht die Mindeststandards. Bei den Schulabbrechern liegt Berlin weiterhin mit einer Quote von 9,6 Prozent auf dem vorletzten Platz. Familienunternehmen sind Jahr für Jahr Ausbilder der Nation, doch vielen Berliner Schulabgängern fehlt es beim Lesen, Schreiben und Rechnen an den notwendigen Grundkenntnissen.

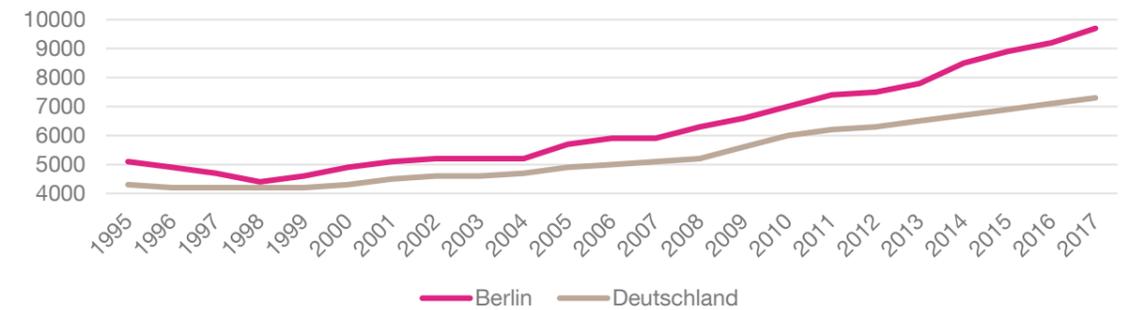
Um dem Fachkräftemangel in den Unternehmen entgegenzuwirken, müssen Berlins Schulen endlich leistungsorientiert und zukunftsfähig aufgestellt sein!

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur:** Berliner Schulleiter haben kein Management-Studium absolviert, dass sie für die aufwändige Antragsstellung wappnet, um die digitale Ausstattung und Infrastruktur in ihrer Schule voranzutreiben. Die Schulen brauchen mehr organisatorische Unterstützung und Expertise von IT-Fachkräften, um neue Server aufzubauen, die LAN-Verkabelung in jedes Klassenzimmer voranzutreiben und ausreichend Smartboards und mobile Endgeräte zur Verfügung zu stellen. Auch digitale Genehmigungsprozesse können hier mehr Tempo machen!
- **Digitale Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte:** Digitale Bildung heißt am Ende mehr als Frontalunterricht im Zoom-Call. Doch den Schulen fehlt es an Kapazitäten, um aufwendige Medienkonzepte zu erstellen und Schüler und Lehrer werden ohne ausgearbeitete digitale Instrumente allein gelassen. Digitalkompetenz muss in die Studienpläne der Pädagogen integriert werden, um digitale Unterrichtskonzepte, Kommunikationstools und KI-basierte Lernprogramme effektiv nutzen zu können!
- **Eine Aufwertung der beruflichen Bildung:** Berlin lebt von den vielen mittelständischen Betrieben in der Stadt. Um die Fachkräfte von Morgen auszubilden, braucht es eine bessere Ausstattung der beruflichen Schulen und eine Aufwertung der Berufsausbildung. Hierfür muss frühzeitig über berufliche und akademische Bildung in allen Schulformen informiert und Ausbildungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

⁶ Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

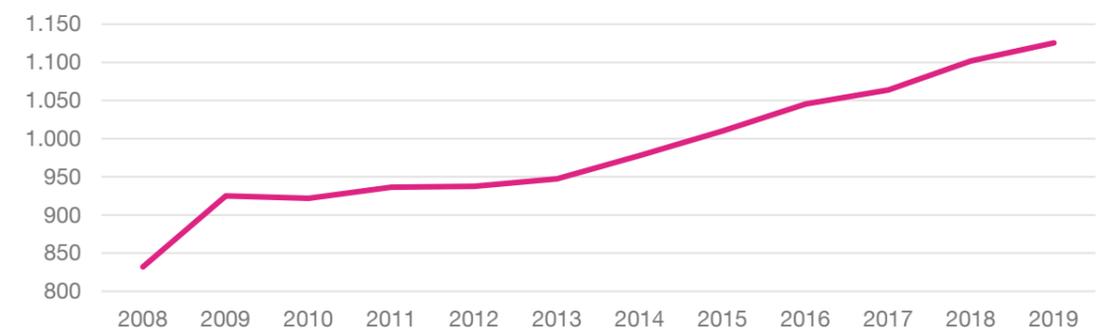
- **Mehr Praxisnähe:** Schülern fehlt der aktuelle Bezug ihrer Lehrinhalte zum Alltag. Es müssen Unterrichtskonzepte geschaffen werden, die Orientierung für das Berufsleben geben. Praxisvorträge ließen sich durch digitale Konzepte auch schulübergreifend organisieren und wir Familienunternehmer kommen für den praktischen Einblick in die Selbstständigkeit und das Unternehmertum gerne in die Klassenzimmer!

Abbildung 4: Bildungsausgaben in Euro pro Schüler⁷

IV. Praxistaugliche Verkehrswende

Seit Jahren nimmt das Verkehrsaufkommen in Berlin zu (Abb. 5), ohne dass Angebote ausreichend ausgeweitet und die nötige Infrastruktur zukunfts- und kundenorientiert ausgebaut wird. Anstatt finanzielle Mittel gezielt in den Ausbau des ÖPNVs zu stecken, setzen die Berliner Grünen sich sogar dafür ein, dass Bundesmittel für den Autobahnbau für den Rückbau der A100 verschwendet werden. Verkehrsentpässe sind so vorprogrammiert. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind jedoch dringend auf die praxistaugliche Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger, inklusive des Autos und eines bedarfsgerechten ÖPNVs, angewiesen.

Die Forderung einer Bürgerinitiative, Autos weitgehend aus dem S-Bahn-Ring zu verbannen, ist realitätsfern. Zwei Drittel der Berliner wohnen außerhalb dieser Zone. Ein Verzicht auf das Auto ist auch für viele Pendler aus dem Umland nicht umsetzbar. Die Gewerbetreibenden in Berlin sind gleichzeitig bei der Anlieferung ihrer Waren auf lastenstarke Verkehrsträger und eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Der gesamte Wirtschafts- und Lieferverkehr einer Metropole wie Berlin kann dabei nicht allein über Ausnahmen geregelt werden. Für die Familienunternehmer ist klar: Die Verkehrswende wird nicht mit Verboten und Erziehungsmaßnahmen gelingen, sondern nur mit attraktiven Angeboten.

Abbildung 5: Anzahl der Fahrgäste der Berliner Verkehrsbetriebe in Millionen⁸

⁷ Statistisches Bundesamt

⁸ Berliner Verkehrsbetriebe

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Praxisnahe Verknüpfung aller Verkehrsträger:** Der zukünftige Senat muss endlich ein durchdachtes Gesamtkonzept vorlegen, das offen sowohl Fußgänger, Rad- als auch Autoverkehr berücksichtigt und attraktive Angebote durch den Ausbau des ÖPNVs schafft! Autofreie Zonen gehen an der Realität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorbei. Sie lösen nicht die wachsenden Verkehrsengepässe, sondern verschärfen sie.
- **Digitale Potenziale nutzen:** Echtzeit-Daten können den Verkehrsfluss optimieren, Gefahrenquellen erkennen und damit Unfälle und Staus reduzieren. Um den ÖPNV bedarfsgerechter und kundenorientierter zu gestalten, muss mittels Informationstechnologie die vorhandene Infrastruktur besser genutzt werden! Ein Beispiel: Für Personen, die freiwillig ihre Daten zur Verfügung stellen, müssen individuell angepasste Mobilitätsangebote geschaffen werden, die eine bessere Verknüpfung der Verkehrsträger ermöglichen und eine echte Alternative zum Konzept der starren Monatskarte bieten.

V. Bezahlbarer Wohnraum für eine wachsende Stadt

Eine Politik, die auf Instrumente wie den Mietendeckel setzt und das Eigentum an Wohnraum in Frage stellt, kann die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht lösen. Die staatliche Preissetzung im Immobilienmarkt war ein Scheitern mit Ansage: Während die Zahl der Wohnungsofferten im betroffenen Marktsegment in anderen Städten stieg, ist das Angebot an Berliner Mietwohnungen im selben Zeitraum zurückgegangen (Abb. 6). Das Berliner Baugewerbe registrierte 14 Prozent weniger Aufträge. Modernisierungen und energetische Sanierungen wurden verschoben. Privatpersonen und Eigentümergemeinschaften gehören etwa 40 Prozent der Mietwohnungen in der Hauptstadt. Sie wurden mit Rechtsunsicherheit und kostspieliger Bürokratie belastet und ihr Konzept einer maßvoll vermieteten Wohnung als private Altersvorsorge aufs Spiel gesetzt. Vielen Mietern drohen aufgrund des rot-rot-grünen Irrwegs zudem hohe Nachzahlungen. Der marktwidrige Eingriff hat Berlins Substanz angegriffen, die Spaltung der Gesellschaft in Kauf genommen und war ein Investitionshemmnis für weiteren Wohnungsbau.

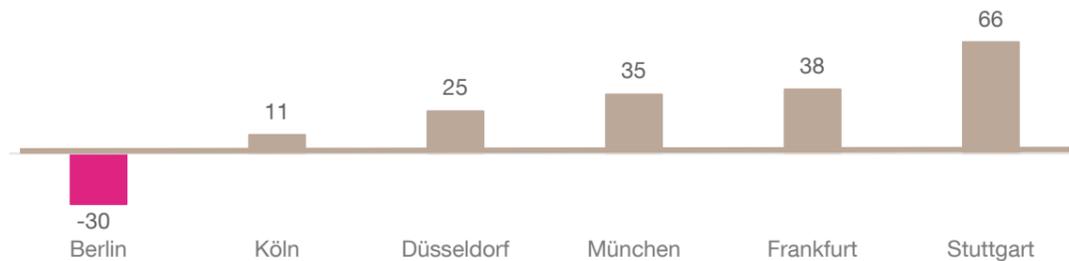


Abbildung 6: Entwicklungen bei Wohnungen mit Baujahr vor 2014 zwischen Januar 2020 und Januar 2021 in Prozent⁹

Gleichzeitig wurde es versäumt, die Schaffung neuer Wohnungen voranzutreiben und den Neubau zu unterstützen. Seit der letzten Wahl geht die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen in Berlin zurück (Abb. 7). Ohne neue Wohnungen wird es aber in einer wachsenden Stadt keine Entspannung bei den Miethöhen geben. Doch Jahr für Jahr werden die eigenen Bauziele des Landes verfehlt. Von den angepeilten 30.000 Wohnungen werden die Landesfirmen bis zum Ende der Legislatur nur gut 20.000 neugebaut haben. In der letzten Legislatur wurde der Wohnungsmarkt verschärft, anstatt die Anspannung durch Bauanreize zu lösen.

9 Immoscout24

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Mehr Investitions- und Bauanreize:** Die tatsächliche Ursache hoher Mieten – die Angebotsknappheit – kann nur mit mehr Bauen bekämpft werden. Dafür braucht es weniger Bürokratie, praxisnahe Bauvorschriften, mehr Bauland und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren!
- **Ein klares Bekenntnis zum Schutz von privatem Eigentum:** Angriffe auf die Rechte von Eigentümern bis hin zu Enteignungen sind verheerende Verstöße gegen die Soziale Marktwirtschaft. Privates Eigentum ist ein hohes Gut und die Grundlage für Freiheit. Ohne Eigentum gibt es keine Selbstverantwortung, keine Risikoübernahme, keinen Wettbewerb und keine Innovationskultur. Unternehmerfeindliche Initiativen, die sich gegen die Ansiedlung von großen Unternehmen aussprechen und entschädigungslose Enteignungen fordern, zerstören das Bild eines aufgeschlossenen und weltoffenen Berlins.

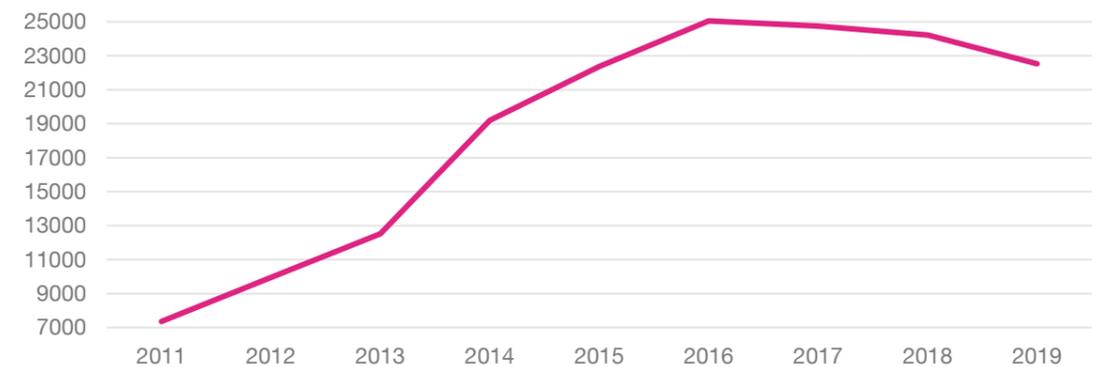


Abbildung 7: Zum Bau genehmigte Wohnungen in Berlin 2010–2019¹⁰

VI. Generationengerechter Haushalt

Berlin kommt strukturell nicht mit seinem Geld aus. Die Stadt weist bundesweit eine der höchsten Verschuldungen auf. Pro Einwohner lag die Schuldenlast 2019 mehr als doppelt so hoch im Vergleich zum Länderdurchschnitt (Abb. 8). Dabei erhielt Berlin aufgrund seiner niedrigen Wirtschafts- und Steuerkraft von 2010 bis 2019 im Länderfinanzausgleich Zuweisungen in Höhe von 39,5 Milliarden Euro. Damit ist das Land seit über zehn Jahren einsamer Spitzenreiter unter den Bundesländern. Grund dafür ist auch die verschwenderische Verwaltung des Geldes. Kostenexplosionen bei Senatsprojekten wie beim derzeitigen ZOB oder Doppelförderungen wie der Mietzuschuss verursachen vermeidbare Belastungen für die Steuerzahler.



Abbildung 8: Schulden je Einwohner/in 2019 in Millionen Euro¹¹

Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es für die Berliner Familienunternehmen unverständlich, wie unter dem Vorwand der Corona-Verschuldung nun Forderungen nach Steuererhöhungen oder gar einer Vermögensteuer von Seiten

10 IBB Wohnungsmarktbericht 2020

11 Senatsverwaltung für Finanzen

der rot-rot-grünen Regierungsparteien kommen. Damit wird die Substanz der Berliner Unternehmen ausgehöhlt und der Neustart nach der Krise zusätzlich erschwert. Sichere sozialversicherte Arbeitsplätze können nur entstehen bzw. gesichert werden, wenn Sozialabgaben und Steuern in absehbarer Zeit nicht steigen.

Ohne Zweifel: Die Corona-Pandemie hat die Berliner Wirtschaft und die Politik vor ungeahnte Herausforderungen gestellt, die große finanzielle Kraftanstrengungen erforderlich gemacht haben. Doch das Problem ist nicht, dass zu wenig Geld für den Staat vorhanden ist. Das Problem ist, dass es in den dysfunktionalen Verwaltungen versickert, wegen langwierigen Genehmigungsstaus nicht in Investitionen fließen kann und für unproduktive Ideologieprojekte ausgegeben wird.

Es braucht jetzt ein Belastungsmoratorium, eine klare Prioritätensetzung bei den Ausgaben und einen zügigen Weg zurück zur Schuldenbremse. Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie befand sich Berlin dabei auf einem akzeptablen Weg, um seine Schuldenlast zu verringern. Der extrem hohe Schuldenberg wurde zwischen 2011 und 2019 stetig abgebaut von rund 63 Mrd. Euro auf 57 Mrd. Euro (Abb. 9). Eine Abkehr von diesem Konsolidierungskurs wäre fatal. Eine solide Haushaltsführung schafft erst den nötigen finanziellen Spielraum, der Investitionen und eine effektive Krisenpolitik möglich macht.

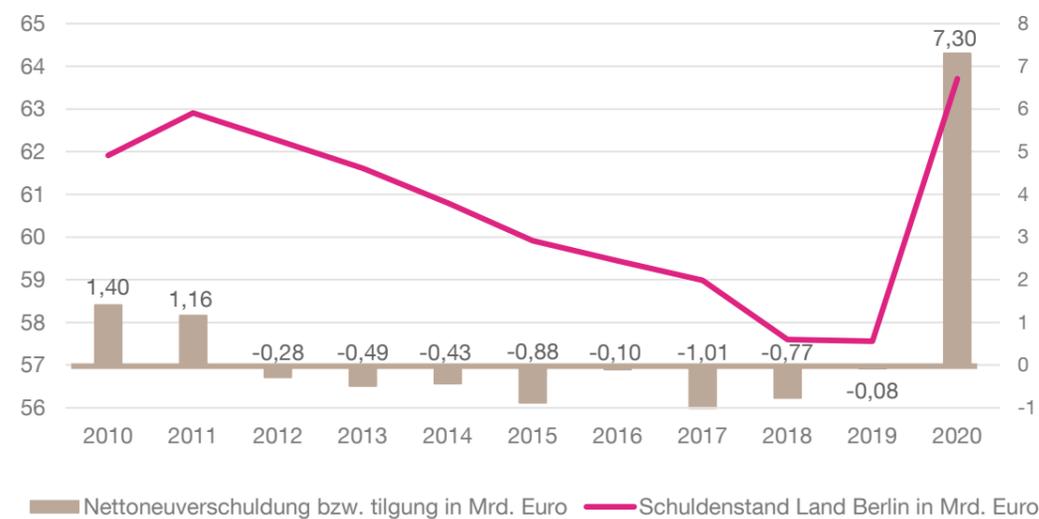


Abbildung 9: Schuldenstand Land Berlin in Mrd. Euro (linke Skala) und Nettoneuverschuldung bzw. Nettotilgung pro Jahr in Mrd. Euro (rechte Skala)¹²

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern daher:

- **Ein klares Bekenntnis zur Schuldenbremse:** Dass Berlin in der aktuellen Krise überhaupt noch handlungsfähig ist, geht auf den finanziellen Puffer durch den Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre zurück. Die Schuldenbremse stärkt das Vertrauen der Bürger und Unternehmer in eine solide Finanzpolitik und trägt damit zu mehr privaten Investitionen in Berlin bei. Forderungen, sie langfristig aufzuweichen oder gar abzuschaffen, sind ein weiteres Zeichen wirtschaftsfeindlicher Standortpolitik. Die Behauptung, ohne Schuldenbremse würde der Senat den immensen Investitionsbedarf nicht finanzieren können, ist zudem falsch. Viele Töpfe sind randvoll mit Geldern, die nicht abgerufen werden. Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, Bürokratie und Kompetenzwarr – all das bremst Investitionen stärker als die Schuldenbremse.

- **Eine transparente Haushaltsführung:** Der Corona bedingte, zusätzliche Verschuldungsspielraum darf nicht zum »Wünsch-Dir-Was« werden. Der Senat sichert sich schon heute mit seiner schuldenfinanzierten Pandemie-Rücklage von rund 3 Mrd. Euro die ideologiegetriebenen Wahlversprechen von morgen ab. Die Aufforderung, die Schulden transparent in den regulären Haushalt einzugliedern, lehnte der rot-rot-grüne Senat bisher ab. Es muss zukünftig sichergestellt sein, dass Steuergelder gezielt und nicht für ineffektive Symbolpolitik verwendet werden. Stattdessen braucht es eine klare Prioritätensetzung und deutliche Einsparungen bei krisenfremden Projekten!
- **Ein simples Flächenmodell:** Berlin hat sich bei der Grundsteuerreform für das kostentreibende Scholz-Modell entschieden. Unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik sieht anders aus. Ein wertabhängiges Modell verursacht unnötige Bürokratie und ist kosten- sowie streitanfällig. In Berlin müssen für die Reform rund 800.000 Grundstücke neu bewertet und umfangreiche Datenbestände digitalisiert werden. Angesichts des bereits stark belasteten Haushalts sind die anfallenden Personalausgaben dafür unverantwortlich. Die bessere Alternative: ein transparentes, simples wertunabhängiges Flächenmodell.
- **Ein Ende der Verstaatlichung und eine Konzentration auf staatliche Kernaufgaben:** Die Übernahme der Berliner Stromnetzgesellschaft kostet das Land Berlin 2,1 Milliarden Euro, ohne dass ein zusätzlicher Nutzen entsteht. Die Stromversorgung hat bis dato verlässlich und preisstabil funktioniert. Wir fordern eine Konzentration auf staatliche Kernaufgaben wie Bildung und Verkehr und keine Ausweitung des staatlichen Sektors. Insbesondere in Krisen-Zeiten ist eine zusätzliche Belastung des Haushalts durch Rekommunalisierungen wirtschaftlich und sozial nicht verantwortbar!

UNSER VERMÖGEN HAT 122 ZIMMER, 150 GROSSARTIGE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN

UND SORGT BEI UNSEREN GÄSTEN SEIT 150 JAHREN FÜR GLÜCKLICHE MOMENTE.

Die Vermögensteuer bremst wichtige Investitionen, die nötige Digitalisierung und den nachhaltigen ökologischen Umbau des deutschen Mittelstandes. Damit gefährdet sie uns alle – unsere Zukunft, unsere Familien und unsere Kinder.

VERMÖGEN-
STEUER IST
MITTELSTANDS-
BREMSE

Dr. Caroline von Kretschmann
Geschäftsführende Geschäftsführerin
Hotel Europäischer Hof Heidelberg



DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

